

Saale-Zeitung.

Sechsbiergärtler Jahrgang.

Anzeigen

Anzeigen... Saale-Zeitung...

Erste... Sonntag...

Redaktion... Halle...

Bezugspreis... Anzeigen...

Nr. 167.

Halle a. S., Dienstag, den 12. April.

1910.

An unsere Stadtabonnenten!

Wir bitten alle Reklamationen wegen verspäteter oder unpunktlicher Zustellung der „Saale-Zeitung“ dem Verlage telephonisch oder schriftlich melden zu wollen...

„Saale-Zeitung“. (Fernsprecher 1133.)

Personenkultus in der Armee.

Einen überaus nützlichen Eindruck machen die Veröffentlichungen der Personalveränderungen im Heere. Seite für Seite des „Militärwochenblattes“ nichts anderes als Titel und Namen von Offizieren und Truppen-

Im Garde-Korps gibt es stets Offiziere, denen es gewissermaßen schon an der Wiege gesungen worden ist, nicht nur, daß sie den militärischen Beruf ergreifen, sondern auch, daß ihnen immer die besten Stellen im Heere zufallen würden.

Da der bisherige Kommandeur des Alexander-Regiments, Oberst v. Kleist, so schreibt die „Fr. Bl.“, für das Kommando des ersten Garde-Regiments z. B. prädestiniert war, hat er auch das Alexander-Regiment nur interimistisch befehligen dürfen.

Mit allem Nachdruck sollte dem Personenkultus, wie er hier allem Anschein nach gutage getreten ist, entgegen gewirkt werden. Er belagert ganz unnötig den Steuerzahler. Die wahrhaftig nicht unbeträchtlichen Umzugskosten für zwei Stabsoffiziere wären erspart worden, wenn Oberst von Kleist in Berlin und der Oberleutnant Schach v. Wittena u in Potsdam hätten bleiben dürfen.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

44. Sitzung vom 11. April.

Am Ministertisch: v. Breitenbach, Fehr, v. Rheinbaben, Friedl. Präsident v. Reuber eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min.

des Eisenbahnnetzes

beginnt mit einer allgemeinen Aussprache über die finanzielle Lage des Eisenbahnnetzes. Der Berichterstatter ist der Abg. Schmaleberg (natl.). Er bespricht das Minderheiten-Eisenbahngesetz und hebt hervor, daß in der Kommission fast ausschließlich nachgemeldet sei, daß die Zahl der Eisenbahnstrecken von Jahr zu Jahr zurückgegangen sei.

Eisenbahnminister v. Breitenbach

danke der Kommission und dem Berichterstatter für die ausgezeichnete Durcharbeitung des Eisenbahnnetzes. Die Neuordnung bezüglich des Ausgleichsfonds kann keine Stelle mehr begreifen, als die Eisenbahnverwaltung selbst. Das Etatsjahr 1909 wird eine Einnahme von etwa 2 Milliarden 14 Millionen bringen.

Abg. Graf v. D. Eröben (fort.)

Dem Minister danken wir, daß er für die Ausbaugänge des Hauptnetzes und des Eisenbahnnetzes so energisch gewirkt hat. Daß die wirtschaftliche Krise mit ihren nachteiligen Folgen für die Einnahmen der Eisenbahnverwaltung so schnell vorübergegangen ist, verdanken wir unserer Wirtschaftspolitik, die den Finanzmarkt stärkt.

Abg. v. Dewitz-Odenburg (fr.)

Dem Danke an den Minister schließen wir uns an. Angesichts der großen Mehrausgaben durch die Beamteneinstellungen und andere Aufwendungen ist es aber unwahrscheinlich, daß der Finanzminister ohne neue Steuern auskommt.

Abg. Schmiedding (fr.)

Die Resolution der Kommission will den Staatshaushalt gegen die Störungen aus den Schwankungen der Eisenbahneinnahmen schützen, und ebenso die Eisenbahnverwaltung selbst gegen alle große Ansprüche der anderen Ressorts. Wir müssen mit Anleihen um so vorsichtiger vorgehen, als die Schuldentilgung bei uns nur in geringem Umfange erfolgt.

Abg. Dr. Friedberg (nl.)

Das Eingehen des Finanzministers auf die Anregungen der Kommission ist sehr spät erfolgt. Prinzipiell ist richtig, wachsende Anlagen auf Anleihen zu übernehmen. Dazu gehören auch Er-

weiterungen der bestehenden Anlagen. Nebenamtlich man solche Erweiterungen auf das Extraordinarium, so ist das eine Abschiebung. Man begründet diese Praxis mit der Möglichkeit durchgehender Veränderungen in der Technik, die eines Tages den Wert unserer Bahnen erheblich verringern könnten.

Finanzminister Fehr v. Rheinbaben:

So wenig wir früher die Etats geschont haben, werden wir das künftig tun. Wir stellen den Etat nach bestem Wissen und Gewissen an. Wir begrüßen die Einigung zwischen Regierung und Kommission in der in der Resolution behandelten Frage. Es handelt sich darum, mit der Ausgleichsfrage umzugehen und wie hoch das Extraordinarium sein soll.

Abg. Guppling (Sp.)

regt eine Herabsetzung der Gütertarife an. Was die Kommissionsresolution vor schlägt, ist nur halbe Arbeit. Es wird zur Auf- füllung des Ausgleichs fonds kommen, nicht noch sehr bald neue Anleihen, z. B. für Nebenbahnen aufnehmen müssen.

Finanzminister Fehr v. Rheinbaben:

Das Reich trägt auch die Ausgaben für wachsende Anlagen, wie Telegraphen und Bahnen, in 22 Jahren. Wir würden, wenn wir ausschließlich z. B. nur das halbe Extraordinarium mit 60 Millionen auf Anleihen nähmen, uns damit einen fälschlich wachsenden Zinsendienst aufhaken, und dieser Zinsendienst würde nach 22 Jahren nicht weniger als 60 Millionen, also die Summe betragen, um die wir das Extraordinarium selbst entlasten würden.

Abg. Borgmann (Soz.)

Wir halten an der Notwendigkeit, die wirtschaftlichen Staats- unternehmungen ganz von der Finanzverwaltung zu trennen, seit Preußens Eisenbahnpolitik jetzt auf einer Entfaltung der Bundes- haaten. Deshalb brauchen wir ein Reichseisenbahngesetz, das nicht der Kontrolle der preussischen Junta, sondern der Kontrolle des Reiches untersteht.

Minister v. Breitenbach

bestreitet, daß die Minderausgaben durch eine Ausbeutung der Eisenbahnbahnbereiter erzielt sind. Preußen habe auch keine Klage, die Bundesstaaten zu verpreußen oder zu erschöpfen. Es geht aber kein jegliches Eisenbahneinflussgebiet nicht hinaus.

Die Befragung der finanziellen Seite des Etats schließt die Resolution der Kommission auf Verstärkung des Ausgleichsfortschritts an.

Es folgt die allgemeine Befragung über die wirtschaftliche Seite des Etats.

Abg. v. Hennige-Lachin (konf.):

Die erfreuliche Befragung der Staatsfinanzen ist um so dankbarer, als die großen Steuern und Abgaben, wie der Aufhebung der Beamtenabgaben, parallel läuft. Eine Ermäßigung der Tarife würde die Einnahmen schwer schädigen. Die Absicht, die mit der Resolution versehen, kann doch nur erreicht werden, wenn die Einnahmen nicht geschnitten werden. Ferner vorgemacht von einer Erhöhung der anderen Bundesstaaten durch Preußen ist nicht erst zu nehmen. Sie steht zu sehr auf dem Simplifizierungs-Standpunkt. (Sehr richtig redet.) Wir wollen nicht durch Brokatation der anderen Bundesstaaten Preußen schädigen. Bismarck, ein preussischer Minister, hat Reichseisenbahnen vorgeschlagen, am Widerstand der anderen Bundesstaaten sind sie gescheitert.

Der Kommerzialrat gegen den Mißbrauch der Spielbanken getroffenen Maßnahmen. Vielleicht sollte man für die Bekämpfung der Spielbanken einen Zuschlag erheben. Vorhanden bei der Elektrifizierung der Staatsbahnen ist sehr nützlich. Man sollte sie nur dann annehmen, wenn die Rentabilität gesichert ist. Wir müssen neue direkte Steuern unter allen Umständen vermeiden. Das können wir aber nur, wenn die Eisenbahnen dem Staat genügende Mittel liefern. (Beifall redet.)

Minister v. Breitenbach:

In der jetzigen Zeit ist an eine Ermäßigung der Tarife nicht zu denken. Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr. Wiederholte Mitteilung über die Wahlrechtsfrage und Fortsetzung des Eisenbahnetats. Schluß 4 1/2 Uhr.

Um einen Pfennig.

Die preussische Gewerkschaften der preussischen Behörden kann es nicht zudenken, daß dem Staat auch nur ein Pfennig entgeht, mag auch die Einführung eines Pfennigs davon kosten. Die Zeit. 30. berichtet von der Quittung einer Eisenbahnstafette, in der bezeichnend wird, daß von einer Firma ein Pfennig zu viel gezahlt ist. Die Quittung ist eine Eisenbahnstafette geschickt worden sind. Die wesenlich größere Summe, die der Bote für die Einschließung dieses Pfennigs von der Staatskasse zu beanspruchen hat, ist nicht zu hoch gegenüber der Gewerkschaftsbewegung, welche die hier geübte Pfennig-Sparmaßnahme hervorruft. Der Kaiser, dem der Admiral das Bild gesendet hat, das die Tausende, die solche Vorsicht dem Staat kosten, für andere Dinge besser verwendet würden. Oder sollte doch vielleicht auch die preussische Regierung sich zu der Einsicht bekehren, daß man bei aller Sparmaßnahme durch generelle Anweisung die Niederziehung kleiner Summen anordnen könnte, ohne daß der Bestand des Staates in Frage steht?

Der Kaiser und die amerikanischen Kadetten.

Der Kaiser hat jüngst den Kadetten in West-Point, Americas erster Militärakademie am Hudson, ein bemerkenswertes Kompliment erwiesen. Admiral von Söfster brachte im vergangenen Jahre von den Hudson-Pentagonerleier eine große Photographie mit, die das West-Point-Kadettenkorps in Galanzuniform auf dem Marsch darstellte. Der Kaiser, dem der Admiral das Bild gesendet hatte, schrieb darauf in seiner englischen Handschrift quer über die Photographie: „This is a magnificent troop of the most promising young men. It is a glorious sight for every soldier's heart. Wilhelm I. R.“ (Das ist eine prächtige Truppe wirklich vielerprechender junger Leute. Es ist ein rühmliches Bild für jedes Soldatenherz.) — Auf den Wunsch des Kaisers ist das Bild mit dieser Widmung nun nach West-Point zurückgeschickt worden, wo es in der Aula des Kadettenkorps als Geschenk des Kaisers einen Platz finden wird.

Fürst Bülow als Bewunderer des Papstes.

Die hiesigen in Rom angelegte Nummer des Turiner Merkur hat die Worte „Memento“ enthält ein merkwürdiges Urteil des Fürst Bülow zu einer hohen Persönlichkeit über Papst Rius X. gefällt haben soll. „Man hätte mich gefragt“, habe Bülow geäußert, „ich würde in Rius einen einfachen, höchsten Mann, einen richtigen Landparrer finden lernen; nicht dessen kann ich verlernen.“ (so habe Fürst Bülow mit Empfindung hinzugefügt), „daß ich bei Rius allerdings Güte und Einfachheit fand, aber gepaart mit so erhebender Intelligenz, daß mich Steinernen erstörte.“ Papst Rius beherrschte selbst die schwierigsten internationalen Probleme absolut; ich bewundere die Intelligenz des Papstes, der ganz auf der Höhe seiner Mission steht.“ — Der vatikanische Korrespondent des „Momento“, der Bülow's angebliche Bemerkungen verbreitet, ist ein Priester aus der Umgebung Merry del Val's.

Parlamentarisches.

v. Tz. Berlin, 11. April. (Priv.-Tel.) Die Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei im Reichstag wird wegen des Soldatenmündungsprozesses, der am Sonnabend von dem Kriegsgericht der 8. Division in Halle sein vorläufiges Ende fand, interpellieren. (Man darf erwarten, daß der preussische Kriegsminister auch auf die hinter verschlossenen Türen verhandelten Details des Prozesses, über welche jetzt schon allerlei durchgeleakert ist, und auf die in der Interpellation besonders hingewiesen werden soll, in der Verantwortung der Anfrage im Parlament näher eingehen.)

Parteinachrichten.

Als Reichstagskandidat für Nieder-Mittel-Rhein ist für den bei der Ballontrottel des „Fomern“ verunglückten Abg. Dr. Brückner von der Fortschrittlichen Volkspartei der Justizrat Herrndörfer-Sohlendinde aufgestellt worden.

Kleine politische Nachrichten.

Der Bundesrat veranlaßt sich gestern zu einer Plenarsitzung; vorher hielten die vereinigten Ausschüsse für Zoll- und Steuerwesen, für Handel und Verkehr, für Justizwesen und für Rechnungswesen, die vereinigten Ausschüsse für Zoll- und Steuerwesen und für Etsch-Abordnungen sowie die vereinigten Ausschüsse für Handel und Verkehr und für Zoll- und Steuerwesen Sitzungen.

Die Wahl in Polen. Der Termin für die Reichstagswahl im Wahlkreise Polen ist auf den 21. April festgesetzt worden.

Hermann Krenemann. Gelsen freiß stand in Konto bei Kaufhaus A. B. der Mitbegründer des Deutschen Dümmenvereins Bundeskommunikations Hermann Krenemann im Alter von über 95 Jahren an Influenza. Krenemann war der begüterte Großgrundbesitzer der Provinz Posen. Zusammen mit Adolf von Hanemann, dem jetzigen verstorbenen Direktor der Distrikts-Gesellschaft, und v. Liebenow-Gesellin gründete er den Deutschen Dümmenverein, der sich dem Kampf gegen das Vorkommen in den deutschen Dümmen zur Aufgabe gemacht hat und der nach den Anfangsbuchstaben seiner Begründer — Hanemann, Krenemann, Liebenow — „Hakalissen“-Berein genannt wird.

Die Majoratsvererbung. Die nach dem Absterben des Fürsten Sulzowski an den preussischen Königsstulpe gefallen ist, wird den „Holen N. Nach.“ zufolge an die königliche Ansiedlungskommission veräußert und von dieser in Bauernwirtschaften aufgeteilt werden. Zur Pflanzung kommen nur die im Kreis Wlka gelegenen Rändereien, die im Kreis Kamisch gelegenen Güter werden in eine fischalische Domäne umgewandelt und weiter verpachtet.

Zur Wannemann-Unternehmung. In langwierigen Verhandlungen ist jetzt zu Paris von den Vertretern Deutschlands, Frankreichs, Englands und Spaniens der durch die diplomatische Konvention vom 20. August 1898 in langer vergebene Entwurf eines Vertrages für Maroko in vorläufiger Fassung fertiggestellt worden. Der zweite Beratung und endgültigen Beschlußfassung geschnitten

wenden wird, soll das beschieden Ausmaß der Rechte und Ansprüche der besagten Interessenten ein. Darunter stehen an erster Stelle die Gebrüder Mannesmann, deren Gesellschaftsvertrag mit dem Sultan Sultan Abdül vom 6. Oktober 1898 zu einer wichtigen Unternehmung für die erfolgreiche Wahrung der besagten Ansprüche eine gute Handhabung bietet. Die Konferenzen des Auswärtigen Amtes mit den Interessenten finden im Laufe der nächsten Woche statt. Sie sind streng vertraulich.

Ausgewählte Juristen.

Der letzte juristische Staatsanwalter in Barmen brachte 64 Kandidaten die dritte Note. Da nach dem bekanntesten der hiesigen Juristinnen Drei in Richterstellen, Ferner zur Rechtsanwaltschaft und zum Notariat solche nicht zugelassen werden, so sind diese 64 jungen Männer derzeit, namentlich die Karriere eines Gerichtsrates zu ergreifen, die sie schon vor 12 Jahren, nämlich mit der Erreichung des Einjährig-Prüfungsjahres einschlagen können. Daß die Mehrzahl dieser in ihrer Extern für immer so schwer Geschädigten keineswegs nicht des Studium der Jurisprudenz ergriffen hätte, wenn schon damals die Absichten des Justizministers bekannt gewesen wären, braucht wohl kaum besonders hervorgehoben zu werden.

So! und Personennachrichten. Wie aus Hamburg v. d. h. gemeldet wird, nahm der Hof am Sonntag vormittag am Gottesdienst in der Gröbnerstraße teil — Zur Frühstücksstafel bei den Majestäten waren Geladene Prinz Albert zu Schleswig-Holstein mit Gemahlin, Geheimrat Jacobi, Warrer Juelström und Wlar Antis.

Am Radnagittag unternahm der Kaiser eine Spaziersahrt im Automobil über Königsplatz, Gch, Weidung, Braunfeld und zurück über Ulfingen. — Gestern morgen 7 Uhr hat sich der Kaiser mit Gefolge im Automobil zu militärischen Besichtigungen nach Mainz begeben.

Prinz Dr. jur. August Wilhelm von Preußen wird demnächst das Referendariat am ablegen. Augenblicklich werden ihm mehrere Staats- und kirchliche Besichtigungen gehalten.

Dem Präsidenten des königlichen Eisenbahnenzentralsamts, Wilhelm Hoff, ist der Titel Wirklicher Geheimler Oberregierungsrat mit dem Range eines Rates erster Klasse verliehen worden.

Ausland.

Clemenceaus Glaubensbekenntnis.

Der ehemalige Ministerräsident Clemenceau hat an einen politischen Freund einen langen Brief gerichtet, der sein politisches Glaubensbekenntnis enthält. Clemenceau erklärt darin, in einem Moment, wo alle europäischen Länder ihre Rüstungen veräußern, sei es die Pflicht Frankreichs, hinter den anderen Staaten nicht zurückzulassen; es müsse jederzeit seine Geschäfte, seine Sprache, seinen Grund und Boden verteidigen können. Die nächste Legislaturperiode habe sich vor allem zu beschäftigen mit dem Schluß, der die Abrüstung der Welt einleitet, mit der Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit und landwirtschaftliche Schäden, am ersichtlich aber mit der Reform der Administration. Clemenceau spricht sich gegen die Proportionalwahl aus. Er sagt, die Konservativen wünschen dieses Recht, weil sie zur Macht kommen wollen und deshalb die Majorität der Regierung zu gewinnen wünschen. Wenn die republikanischen Parteien dieses Wahlrecht annehmen sollten, so müßte man dies als einen Akt des Wahnsinns bezeichnen.

Muslimische Agitatoren und ihre Stellung zu Deutschland.

In den radikalsten islamistischen Organen gehört das in persischer Sprache geschriebene Blatt „Roh-ul-Methn“ in Indien, das für die Befreiung der Mohammedaner aller Länder von ihren Unterdrückern eintritt. Inwieweit diese Agitation in der Türkei und in Persien, in Mittelasien, Indien und Afrika Wiederhall findet, läßt sich nicht leicht feststellen. Bemerkenswert ist bei dem Umstand, daß das genannte Blatt in der mohammedanischen Welt Stimmung macht für ein Bündnis mit Deutschland unter Hinweis darauf, daß Deutschland die einzige europäische Macht ist, die nicht in perfider Weise die Islamiten ausgebeutet habe. Das genannte Blatt schreibt: „England, Frankreich und Rußland müssen wir hassen, denn sie behandeln uns Islamiten wie wilde Tiere und leiten eine schändliche Politik ein, um uns Mohammedaner gänzlich auszufressen.“

Kleinere Tagesnachrichten.

Ein „Gogin“ König Leopolds. Der in Washington verlebte Thomas F. Waff war 1870 als armer Einwanderer von Irland nach den Vereinigten Staaten gekommen. Waff hatte schon nach Jahren mehrere Millionen erworben und wollte sich gerade von den Geschäften zurückziehen, als ihm eine unglückliche Spekulation zwang, wieder von vorne zu beginnen. Daß ihm das Glück aber nicht völlig lassen hatte, ist daraus ersichtlich, daß ihm ein englisches Syndikat vor mehreren Jahren 140 000 000 Mark für die von ihm erworbenen Goldminen Camp Fire bot. Im Jahre 1900 machte Waff auf der besten Ausbeutung die Weltanleihe König Leopolds von Belgien, mit der er früher einige erfolgreiche Mineraltransaktionen in Colorado durchgeführt haben soll. König Peter auf dem Berge Athos.

König Peter von Serbien ist in dem Kloster Chitmandar auf dem Athos eingetroffen und mit größter Ehrfurcht empfangen worden. Er wurde das Groß Stenobnemas, das das Kloster im zwölften Jahrhundert errichtet hat, und pflanzte zum Ankenen an seinen König zwei Ochsen und eine Ziege. Gestern trat der König nach die Weiterreise nach Saloniki an, wo er heute früh infolge eintraf und nach dreißigtägigem Aufenthalt nach Serbien weiterreiste.

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 12. April. Stadtverordneten-Sitzung.

Am Vorstandsitzung die Herren Geh. Kommerzienrat Steiner, Baumeister Schrey und Fabrikant Griebel. Eingegangen ist ein Schreiben des Bundes Deutscher Architekten, die bitten, ihnen bei Einrichtung des künstlerischen Ausschusses gegen die Verunreinigung von Straßen und Plätzen einige Sitze einzuräumen. Die Eingabe wird

Deutsches Reich.

Der Berliner Polizeipräsident im Friedrichshain.

(Mitteilung unseres Berl. □-Korrespondenten.) * Berlin, 11. April.

Ein Zufall brachte auch den Polizeipräsidenten von Nagow mit den Verammlungsteilnehmern im Friedrichshain zusammen. In der Eßlingerstraße fiel es auf, daß die Häuser Flaggenstange angelegt hatten. Das galt aber nicht der Maßstabsvermessung, sondern der Grundsteinlegung für die Adventskirche auf dem Grundstück Eßlingerstraße 21. An dieser Stelle nahm auch der Polizeipräsident teil. Er hatte bei seiner Ankunft sein Automobil nach dem Landsbergerplatz gefahren. Als die Grundsteinlegung zu Ende war, ging er zu Fuß durch den Park. Viele Verammlungsteilnehmer erkannten ihn. Einzelne trieb die Neugier zu dem Versuch, um Bismarck zurückzuweisen. Das stehen aber die Ordner in keinem Falle zu. So kam der Polizeipräsident ganz unbehelligt nach dem Landsbergerplatz, wo er zur Rückfahrt sein Auto bestieg. — Die Gast- und Schankwirtschaften in der Umgebung der Verammlungslage waren nach Schluß der Verammlung stark besetzt.

Die Wertzuwachssteuer.

* Berlin, 11. April. Der Bundesrat hat den Entwurf eines Wertzuwachssteuergesetzes für das Reich angenommen.

Der Entwurf geht dem Reichstage heute zu. Die Regierung hat den Wunsch, daß der Entwurf, der gewissermaßen einen Teil der Finanzreform darstellt, dem Reichstage noch vor der Vertagung verabschiedet wird.

Der Entwurf sieht nur eine Besteuerung des Wertzuwachses von Immobilien vor, während von der Besteuerung des Wertzuwachses bei Wertpapieren abgesehen ist. In großen und ganzen sind die im Juni und Juli 1900 im Reichstage geführten Wünsche und Anregungen berücksichtigt worden. Die neue Steuer wird nach der Schätzung des Entwurfs für das Reich einen Ertrag von 30 Millionen Mark abwerfen. Der Umstand, daß von einer Besteuerung der Mobilien abgesehen wird, läßt die Hoffnung zu, daß die Beratung des Entwurfs nicht allzu viele Zeit erfordern wird, denn über die Frage der Immobilienbesteuerung waren sich im Vorjahre alle Parteien einig.

Die Wertzuwachsteuer soll beim Verkauf der Grundstücke von den Kommunen erhoben werden, die sechs Prozent der Steuer an das Reich abführen. Für gewisse Fälle ist Steuerfreiheit vorgesehen, so z. B. wenn Immobilienbesitzer auf Deszendenten übergeht behufs Fortführung des Gewerbes. Die Steuerföge lind nach der Befestigung abschließt.

Das die Grundzüge des Regierungsentwurfes anbelangt, so werden die gleichen Ziele verfolgt wie bei den jetzt in Geltung befindlichen kommunalen Zuzuwachssteuergesetzen. Der Steuer soll der unerbiedliche Gewinn werden, der Gewinn also, der nicht aus der Arbeit eines einzelnen, sondern aus Einrichtungen der Kommunen und des Staates erzielt wird. Aus diesem Grunde sollen auch beide Faktoren am Gewinn teilnehmen. Ein gewisser Prozentsatz der Wertsteigerung soll indes von der Besteuerung freibleiben. Die Interessen der Gemeinden werden in dem Entwurfe voll gewahrt.

Während im allgemeinen das Recht der Steuererhebung den Kommunen vorbehalten bleibt, sind für das platte Land Sonderbestimmungen vorgesehen und hier als Erhebungsbefähigung die Kreise gebildet, die schon heute nach dem kommunalabgabengesetze berechtigt sind, die Wertzuwachsteuer als Kreiskommunallabgabe einzuführen.

Die Gründe, die dahin geführt haben, eine Wertzuwachsteuer auf Mobilien nicht einzuführen, sind die folgenden: Eine solche Steuer würde für den Verkehr eine unermessliche Last sein, den Verkehr lähmen und die Volkswirtschaft hart schädigen. Das ausländische Kapital wird ferngehalten, das deutsche Kapital ins Ausland getrieben werden. Die ausländischen Borsen würden die Konjunktur geschädigt werden, und der deutsche Börsenmarkt würde einen Rückschlag aufweisen haben. Auch die deutschen Renten würden unter diesen Umständen vom deutschen Publikum vernachlässigt, dagegen das Interesse an ausländischen Renten gesteigert werden.

dem Referenten, der das Orisstatut demnach vorzutragen hat, ausgeführt.
Der Hauptausfuß des Kreisturnfestes betraff die Bewilligung einer Beihilfe von 5000 Mark.
Herr Reinhold Menzel, Maschinenmeister auf dem südlichen Schlachthof, bittet um Eintragung in die Gewerbesteuer der 2. Bauabteilung. Die Petition wird zu überlegen und später erledigt zu werden.
Eine Petition des 3. kommunalen Bezirksvereins, die eine Fortführung der
Stadtbahn vom Rannischen Platz bis zur Dutenstraße

müßigt, wird von neuem vorgelegt.
Herr Bürgermeister v. Holtz gibt die Erklärung ab, daß der Magistrat bisherlich mit der Beihilferin der Stadtbahn verhandelt habe. Die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft sei auch bereit, die Linie zu bauen, verlangt aber, daß ihr die im Jahre 1929 ablaufende Koncession erheblich verlängert werde. Das sei natürlich völlig ausgeschlossen. Die Wünsche der Petenten könnten aber vielleicht in anderer Weise befriedigt werden;
dem Stadtbauamt sei nämlich bereits angegeben worden, ein Projekt auszuarbeiten, um mit der roten Bahn, der Straßenbahn, die am 31. Dez. 3. in den Besitz der Stadt übergeht, nach dem Süden zu gelangen.
Infolgedessen möge man die Sache jetzt auf sich beruhigen lassen.
Die Versammlung beschließt angehts dieser Tatfrage Übertragung zur Tagesordnung.

Wieder vorgelegt wird ein Gesuch des Arbeiter-Kadaververbandes, der zu Pfingsten hier ein mehrtätiges Fest feiern, ihm wie den Turnern zum Kreisturnfest eine Beihilfe zu gewähren. Herr Bürgermeister v. Holtz bemerkt, daß der Magistrat beschließen habe, die Eingabe abzulehnen. Sie geht an den Petitionsausfuß.
Gestern gibt Herr Stadtbaurat Lammerz im Anschluß an eine Mitteilung des Herrn St. Dähler in voriger Sitzung die Erklärung ab, daß es sich in der Kleinen Steinstraße, wo Sand und Sieme in die Kanalisation geworfen seien, um die Ausfüllung eines alten Kanalschutes gehandelt habe, der nicht mehr benötigt werde. Es sei das ordnungsmäßige Verfahren, das überall geübt werde.
Demnach tritt man in die Tagesordnung ein.
Punkt 1 betrifft die (von uns bereits wiederholt behandelte) Vorlage um Aufbesserung der Bezüge der nicht beamteten Hilfsarbeiter, Diätäre usw. Herr St. Springer empfiehlt als Referent des Etatanschusses unveränderte Annahme des Magistratsantrages.
Herr St. Helmeke begrüßt die Vorlage als eine wesentliche Verbesserung. Es sei ja ein Zustand, der an Ausbeutung heranreife, wenn man Diätäre, die 11-13 Jahre im Dienste sind und nur wegen höchster Beförderungswahrscheinlich noch keine etatsmäßige Stelle erhalten können, mit 100 Mark pro Monat entlohne. Einen Mangel aber habe die Magistratsvorlage: sie sehe keine Stellen vor. In der Hauptsache möge das Kollegium den Magistrat erlauben, die Vorlage zu verhehlen.
Oberbürgermeister Rive rät ab, einen solchen Beschluß zu fassen. Die Verewaltung müsse freie Hand behalten, um die Entlohnung der Diätäre, die sich ja in Durchnittstellungen befinden, individuell zu gestalten; 1. nach Alter, 2. nach Züchtigkeit, 3. nach Familienstand.
Der Antrag Helmeke wird abgelehnt, die Magistratsvorlage angenommen.

In Punkt 2 referiert namens des Etatanschusses Herr St. K a b e über folgenden, aus der Versammlung gestellten Antrag.
"Die Besetzungsmasse möge beschließen, den Magistrat zu ersuchen, daß allen benannten technischen und anderen Hilfsarbeitern, welche von den Magistratsanträgen um Erhöhung der Gehälter ausgeschlossen sind, ebenfalls die bestehenden Löhne vom 1. April 1910 erhöht werden. Ferner spricht die Versammlung den Wunsch aus, Gehaltstafeln für diese Arbeiter zu schaffen."
Herr St. K a b e leat dar, daß das, was der Antrag will, tatsächlich schon geübt werde. Man gewähre Lohn-erhöhungen und habe Stellen.
Die Herren Stv. E m e r und H e r b u r g erklären das, was jetzt schon besteht, für unzureichend; man müsse die Teuerungsverhältnisse in Rechnung ziehen, und von dieser Standpunkt aus seien Aufnahmen über das gewöhnliche Maß hinaus unbedingt nötig. Den Beamten und Lehrern habe man ja auch die Besätze erhöht, da solle man auch den technischen und anderen Hilfsarbeitern gegenüber in gleicher Weise verfahren.
Der Antrag wird abgelehnt.
3. Der Ingenieur G u l t n o t b e a b s i c h t i g t, auf seinem Grundstück an der Dessauerstraße einen Neubau zu errichten. Nach der für die Dessauerstraße festgesetzten Fluchtlinie entfällt eine Parzelle von ca. einem Quadratmeter Freizeinhalt aus der Straße zu dem Grundstück. In Übereinstimmung mit der Stadtbaudeputation hat der Magistrat das freizeithaltige Land mit 50 Mark pro Quadratmeter bewertet. Die Versammlung stimmt zu. (Ref. Herr St. G a n a s s.)

4. Wie Herr St. S t e p h a n ausführt, befindet sich die Fachbahn der Kohlenverehr in Anspruch genommenen K r ö s l i n k e r s t r a ß e auf der Strecke von der Weihenburg bis zur Dörlauerstraße in sehr schlechtem Zustande. In Anbetracht der Steigungsverhältnisse erscheint es zweckmäßig, den Teil zwischen Weihenburg und Dörlauerstraße mit Wasser aus alten Weihenburgen zu versehen; für die Reststrecke bis zur Einmündung in die Dörlauerstraße genügt dagegen die Anbringung einer neuen Defflage auf die vorhandene Chaulierung. Letztere Arbeiten gelangen à conto Kap. XIII B 4 des Haushaltsplanes für 1909 zur Ausführung. Die in Aussicht genommene Wasserleitung erfordert einen Kohlenaufwand von 5520-7700-13 020 Mark. Siernon stehen bereits die Mittel für die Anfertigung und Verpfalterung der alten Steine Straße Weihenburg-Wärthstraße in Höhe von 2000 Mark unter Kapitel XIII E 12 des Haushaltsplanes für 1910 zur Verfügung, während die Kosten in Höhe von 3700 Mk. zusammen 6500 Mark, für die gleichen Arbeiten auf der Strecke Weihenburg-Wärthstraße aus den pro 1910 für die Bewilligung von Kohlenstrafen (Kap. XIII B 4) vorgesehenen Mitteln gedeckt werden sollen. Die dann noch von den verschiedenen Gesamtschaften verbleibenden Restbeträge von 6720 Mark entfallen auf Arbeiten, welche den Antiezer später bei Fertigstellung der Straßenbaukosten gemäß dem

ortsstatutarischen Bestimmungen in Anrechnung gebracht werden können.
In Übereinstimmung mit der Stadtbaudeputation erstattet der Magistrat die Veranmlung, den Betrag von 6720 Mark aus der Anleihe von 1900 zu bewilligen.
Das geschieht.

5. Auf Grund des Gemeindefestbeschlusses vom 21. Mai 1909 ist das zwischen Burgstraße und Adolfsplatzweg fluchtlinienmäßig zur Lafontainestraße entfallende Land im Wege der Eintragung erworben worden. Der Regulierung und Befestigung der Straßenbreite steht jetzt nichts mehr im Wege. Die Arbeiten erfordern einen Kohlenaufwand von 25 600 Mark. Die erforderlichen Mittel sollen aus der Anleihe von 1900 genommen werden.
Die Mittel für die bei der Straßenregulierung notwendig werdende Zurückführung der Mauer entlang dem Kronenfeld-Grundstück sind bereits durch Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung vom 29. November 1909 bewilligt worden. Sie sind inzwischen anslagsmäßig auf 1250 Mark festgesetzt. Bemerkenswert wird, daß die Straßenausbaufkosten, wie die Freilegungskosten, nach Einziehung der Anleihebeiträge der Anleihe wieder zugeführt werden.
Die Versammlung genehmigt die Vorlage. (Ref. Herr St. S t e p h a n.)

6. Die Königlich Eisenbahn-Direktion hier beabsichtigt eine Erweiterung des Gleiskörpers am dem östlichen Ende der
Berliner Brücken
um etwa 100 Meter. Diese Erweiterung macht sowohl eine Verlängerung als auch eine Verbreiterung der vorhandenen Brückenanlage notwendig. Die Verhandlungen darüber sind nunmehr zum Abschluß gekommen. Die städtischen Interessen sind, so bemerkt der Referent Herr St. H ö s c h e, der am Berichterstattertag aber fast völlig unverständlich bleibt, dann genügend gewahrt worden.
Wegen Bewilligung der von der Stadtgemeinde zu tragenden Kosten beschließt der Magistrat nach Abschluß des Vertrages besondere Antrag vor.
Die Referenten Herr Stv. H ö s c h e und Proß empfehlen die Vorlage. Sie wird angenommen.
7. Der Magistrat hat beschließen, den Lehrer A d e r m a n n mit dem 1. April 1910 an der gewerblichen Fortbildungsschule entgeltlich hauptamtlich anzustellen und ihm 7 Jahre seiner bisherigen Verträglichkeit auf das Belohnungsdiensalter anzurechnen. Der Stadtverordnetenversammlung ist Vorlage gemacht bezüglich wegen Neuherung gemäß § 56 Nr. 6 der Städteordnung. Es ist aber noch die Genehmigung der Stadtverordnetenversammlung zur Anrechnung der vorerwähnten Dienstjahre erforderlich. Herr A d e r m a n n ist im Schuljahr 1909/10 als Hilfslehrer an der gewerblichen Fortbildungsschule vollbeschäftigt gewesen. Es ist ihm für diese Zeit neben seinem Dienstentlohnem als Elementarlehrer = 2600 Mark eine Zulage von 300 Mark gewährt worden. Als Vorkurslehrer wurde Herr A d e r m a n n nach Gemäßung der Ortsregeln belohnt: 1910 2000 Mark, 1911 2000 Mark, 1912 würde er infolge seines bisherigen Belohnungsdiensalters auf 3200 Mark steigen. Mit der Berufung an die Fortbildungsschule erlischt, wie der Referent Herr St. M e y e r an der Hand der Magistratsvorlage ausführt, eine Erhöhung des Einkommens durchaus gerechtfertigt. Bei der beschlossenen Festsetzung des Belohnungsdiensalters wird Herr A d e r m a n n beziehen 1910 3200 Mark, 1911 3300 Mark, 1912 würde er eine weitere Dienstalterszulage von 300 Mark erhalten. Im Haushaltsplan für 1910 ist für diese Stelle das Anfangsgehalt = 2700 Mark vorgezogen. Die entstehenden Mehrkosten können für das laufende Rechnungsjahr aus den zu erwartenden Ersparnissen gedeckt werden.
Die Versammlung stimmt zu.

8. Das Magistratskollegium hat beschließen, das Grundgehalt der ein- und zweieinhalbjährigen Lehrern und Lehrerinnen, der Lehrer, die noch nicht 4 Jahre im öffentlichen Schuldienste geblieben sind, und der auftragweise vollbeschäftigten Lehrer um 1 Proz. niedriger als das Grundgehalt der feingehalteten Lehrer und Lehrerinnen zu bemessen und den auftragweise vollbeschäftigten Lehrern $\frac{3}{4}$ der Mietsentschädigung der feingehalteten Lehrer zu gewähren. In der Magistratsvorlage wird ausgeführt: In unserer früheren, von der königlichen Regierung genehmigten Belohnungsordnung war festgesetzt worden, a) daß die Lehrer während der einseitigen Anstellung und vor Vollendung des 4. Dienstjahres nur $\frac{3}{4}$ des Grundgehaltes erhielten, b) daß diese Kürzung bei den einseitig angestellten Lehrerinnen unterbliebe.
Alle Lehrerinnen belamen bisher das volle Grundgehalt. Der Gemeindefestbeschlusses vom 22. September 1909 entfällt für sämtliche einseitig angestellten Lehrer und Lehrerinnen die Bestimmung, daß eine Kürzung des Grundgehaltes weder bei den Lehrern noch bei den Lehrerinnen stattfände. Diese Bestimmung ist aber unter dem 5. März 1910 von der königlichen Regierung abgelehnt worden. Die Kgl. Regierung verlangt nach § 8 des neuer Bestenungsbeschlusses vom 26. Mai 1909, daß das Grundgehalt um einen Betrag, und bei der auftragweise noch so klein, gekürzt wird. Wir empfehlen deswegen einen Abzug von 1 Proz.
In den städtischen Schulen unterrichten zurzeit keine einseitig angestellten Lehrer, zwei auftragweise beschäftigte Lehrer und neun einseitig angestellte Lehrerinnen. In § 5 Abs. 4 des neuen Lehrerbeförderungsgesetzes heißt es:
"Den auftragweise vollbeschäftigten Lehrern (Lehrerinnen) ist in der Regel eine Vergütung in Höhe der Belohnung der einseitig angestellten Lehrer (Lehrerinnen) zu gewähren."
Wir haben angenommen, daß zu der Belohnung der Lehrer und Lehrerinnen auch die Mietsentschädigung gehört und auftragweise beschäftigten Lehrern $\frac{3}{4}$ der Mietsentschädigung der Lehrer gewährt. Nach dem Grundbeschlusses vom 4. Dezember 1909 haben aber die auftragweise beschäftigten Lehrer keinen gesetzlichen Anspruch auf Mietsentschädigung.
Wir sind der Meinung, daß nach dem angeführten Erlaß auf das Belohnungsdiensalter Rücksicht genommen werden muß, und bitten, den auftragweise beschäftigten Lehrern wie bisher $\frac{3}{4}$ der Mietsentschädigung der feingehalteten Lehrer zuzubilligen.
Im vergangenen Schuljahr haben wir zwei auftragweise beschäftigte Lehrer in unserem Schuldienste gehabt und im neuen Schuljahr wird ihre Zahl voraussichtlich nicht größer werden. Es handelt sich dabei nur um solche Lehrer, die ihre Prüfungen in Preußen abgelegt, aber ihren Mittärdienst noch nicht abgeleistet haben, oder um solche, die auswärts ihre Prüfungen abgelegt haben und im preussischen Schuldienste beschäftigt sein wollen; sie können bei uns erst dann angestellt werden, wenn sie die 2. Lehrprüfung in Preußen bestanden haben."
Die Versammlung stimmt zu. (Ref.: Herr St. M e y e r.)

9. Die Direktoren und Oberlehrer der
höheren Lehranstalten
bitten um Nachzahlung der durch den Normaletat vom 5. Juni 1909 festgesetzten Beträge für das Jahr 1908.
Herr St. v. U l m e trägt die (von uns bereits mit-

geteilte) Petition vor. Es handelt sich um einen Betrag von 70 000 Mark. Referent bemerkt, daß es nicht ein angenehmes Gefühl auslöse, wenn die Herren sehen, daß in Stiftungen, den Kollegen die Nachzahlung gewährt ist. Hier unsere Stadt habe sich in der Belohnungsfrage auch hinsichtlich der anderen Beamten und Lehrer Beschränkungen auferlegen müssen; da könne man keine Ausnahme machen. Bestimmungen, daß das Gehalt nachgezahlt werden müsse, habe der Staat nicht gegeben. Wir können nur sagen: es tut uns leid, aber wir vermögen dem Wunsch nicht zu willfahren. Der Knipfel liegt beim Hunde.
Herr St. B a n g e r t erklärt, die Lehrerschaft der höheren Schulen empfinde die Ablehnung als eine bittere Art der Behandlung. Sie wolle, daß ihr zwar kein juristisches Recht, wohl aber ein moralisches Recht auf Erfüllung dieser ihrer Wünsche zustehe. Am liebsten verzichte er darauf, weiter zur Sache zu sprechen.
Herr St. S c h m i d t R i m p l e r: Ich würde der Erfüllung jener Wünsche zustimmen, wenn einerseits die Finanzierung besser wäre. Ich würde das um so freudiger tun, als ich aus dem Verzeichnis der Aufstiegslohn in den Schulverträgen gesehen habe, daß man sich auch mit sozialpolitischem Thema befaßt. So ist in der Prima des Städtigmajus das Thema gestellt worden:

Steuerzahlen ist niedriger als Broteszen.
(Besahftete Heiterkeit.) Aus hngienischen Gründen stimme ich deshalb für Ablehnung der Petition. (Erneute Heiterkeit.)
Die Petition wird abgelehnt.
10. Die Versammlung nimmt von der Zusammenkunft

Trohe Botschaft aus dem Morgenlande



Wie ein rettender Engel wird von zahlreichen Hals- und Lungenleidenden

besonders von solchen, die alle anderen Mittel und Methoden zur radikalen Beseitigung ihrer Leiden schon erfolglos versucht, die Nachricht aufgenommen werden, dass es nach langem Vorarbeiten zum erstenmal gelungen ist, von dem berühmtesten Heilmittel des Orients gegen **alten Husten, Verschleimung, chronische Katarrhe, Asthma, Atemnot, Lungenleiden**, dem so seltenen und kostbaren, **echten arabischen oder Uru-Balsam** (dem natürlichen Harzsaft eines an den Küsten des Roten Meeres wachsenden Balsambaum) grössere Quantitäten nach Europa zu bringen und dass die Morgenländische Drogen-Import-Gesellschaft in Jaffa (Palästina) und Berlin W. 15, die sich mit der Einbringung dieser interessanten Droge beschäftigt, bei auf weiteres Proben davon **kostenlos** an alle Interessenten abgibt.

Der Uru-Balsam, dem bei der Behandlung chronischer Erkrankungen der Atmungsorgane wahre Wunderdinge nachgesagt werden, gilt im Orient schon seit altersher als das kostbarste Produkt des ganzen Pflanzenreiches und die edelste aller Aromen. Die Pilger, die nach Mekka zum Grabe des Propheten wallfahren, bringen ihn in kleinen Bleifläschchen eingeschlossen als die "Medizin der Medizinen" mit in die Heimat, wo er wie eine Reliquie gehütet und nur im Falle der höchsten Noth, wenn die Arzneikunst am Ende des Könnens angelangt ist, angewendet wird. Hervorragende Aerzte aller Zeiten haben wiederholt eingehende Versuche mit dem Uru-Balsam angestellt, und berichten sie fast durchweg von **über-raschenden Resultaten**, die mit ihm erzielt wurden.

Nach Europa kam der Uru-Balsam nur höchst selten und auch dann nur in sehr minimalen Quantitäten, dass an seine allgemeine Verwertung nicht gedacht werden konnte. Die Schwierigkeit seiner Beschaffung ist jetzt aber beseitigt, und heute kann es so aussergewöhnlich heilkräftige Mittel schon zu einem Preise in den Handel gebracht werden, der es auch Minderbemittelten ermöglicht, sich die Wohlthat seiner einzierigen Wirkung nutzbar zu machen.

In welcher Weise der Uru-Balsam bei chronischen Erkrankungen der Atmungsorgane sowie als **Unterstützungsmittel bei der Bekämpfung der Lungenschwindsucht** seine Wirkung ausübt, welche Erklärungen die moderne medizinische Wissenschaft für die mit ihm in zahlreichen Fällen erzielten, geradezu **verblüffenden Erfolge** hat, darüber gibt eine hochinteressante geschriebene Broschüre des Dr. med. Ludwig Laszky Auskunft, die wir allen Interessenten gegen kostenlos zur Verfügung stellen. Jeder Broschüre fügen wir

vollständig gratis eine Probe

des Uru-Balsams bei, wenn dem Eruchen 20 Pfennig in Briefmarken für Porto usw. beigefügt werden. (Man adressiere alle Korrespondenzen an die Morgenländische Drogen-Import-Gesellschaft, Berlin W. 15.)

Möge jeder Hals- und Lungenleidende, auch wenn anscheinend verächtlich keine Gefahr vorliegt, in seinem eigenen Interesse sich Probe und Broschüre, die beiden so nicht verpflichtend, nehmen lassen. In vielen, selbst vorworflichen Fällen werden dieselben noch unerreichten Nutzen stiften können.

der Verwaltungskosten der städtischen Sparkasse für das Jahr 1909 Kenntnis. (Ref. Herr St. K n a b e.)

Umpferfall der Tagessordnung wird noch ein Antrag auf Pfadlinienänderung für die Marthastraße genehmigt. (Ref. Herr St. F e r t l.)

Die Wahlrechtsdemonstration

am gestrigen Abend verlief im allgemeinen ruhig.

Die Demonstranten zogen in der 7. Stunde direkt von ihren Arbeitsstätten zum „Vollspart“, den bald 4000—6000 Personen — die Angaben darüber schwanken — befehlig hielten. Nach Schluß der Verammlung strömten die Tausende auf die Straße und begaben sich in großen Schwärmen auf verschiedenen Wegen zur Stadt. Am Eingang zur Gr. Ulrichstraße hielten sie die Massen. Die Polizei schritt ein und jüchste die Demonstranten in die verschiedenen Seitenstraßen zu zerstreuen. Vereinzelt hörte man häßliche Zurufe; auf die Titel „Wutbürger“ erlangte hier und da heraus. Die Polizei führte hier eine Anzahl Personen, die den Anordnungen nicht Folge leisteten, hatte aber nirgend Grund, etwa mit der Waffe einzuschreiten.

Durch die Schmeichelei, Ranzschelte und zum Steineweg zog ein Trupp von mehreren Hundert Menschen und stimmte dabei die Arbeitermarzialisten an; auch Hofstraß auf das allgemeine gleiche direkte Wahlrecht wurden ausgeführt. Eine Schaar von etwa 500 Personen nahm die Richtung Große Steinstraß-Kopfplatz; doch fand sie die Zugänge durch Schußmanipolen, die ebenfalls in Tropfen und mit der elektrischen Bahn dorthin dirigiert waren, besetzt. Die Demonstranten gelarmten sich alsdann, ohne daß es zu ernstlichen Zusammenstößen gekommen wäre.

Um 10 Uhr etwa war der Trubel in den Straßen vorüber.

Die Ausstellung in der Handwerkerhalle.

Ein freundlicher Zufall führte mich am Sonntag in die Ausstellung, die zurzeit in den Räumen der schmaden Handwerkerhalle zu sehen ist. Aber die drei Treppen nicht schreit, der selbe hinauf — es lohnt sich!

In der fadenprächtigen Aula und den anstoßenden Sälen sind zu Hunderten und Hunderten die Arbeiten ausgebreitet, die die Heiligen Künstler und Schöpferinnen der Handwerkerhalle angefertigt haben und die Zeugnis davon ablegen, in welch hohem Maße heutzutage die Kunst im Handwerk gepflegt wird. Es ist überall erhabenes Mollen und viel positives Können in den durcheinander geschickten Arbeiten vorhanden, aus denen zugleich die treue Führung des künstlerisch durchgebildeten Lehrkörpers dieser Anstalt zu erkennen ist.

Auf Einzelheiten soll hier nicht eingegangen werden. All die Bilder und Skizzen, Plastiken und Ornamente, Gewebe und Stickerien, die reizenden ausgeführten Model: das alles löst den freudigen Schluß zu, daß an unserer Handwerkerhalle redlich gearbeitet wird, guten Geschmack und künstlerische Auffassung des Wertes zu erzielen.

Und so sei denn diese Ausstellung, die noch an den beiden nächsten Sonntagen geöffnet ist, der Beachtung aller Kreise empfohlen; es kann jeder daraus lernen.

G. M o r t z.

Dallischer Fußballsport.

Halle 96 schlägt Leipziger Fußball-Club 7:2. Nachdem unsere 96er vor acht Tagen die Leipziger Briemmen glatt mit 9:0 geschlagen hatten, konnten sie am Sonntag schon wieder über eine der besten Leipziger Mannschaften mit der hohen Torhüterin von 7:2 liegen, ein neuer Beweis von der glänzenden Form, in der sich unsere 96er zurzeit befinden. Dabei mußten die Hellener noch mit Ersatz für den Torwart und den linken Flügel, der recht sehr vernicht wurde, antreten. Leipzig hatte Ersatz für Wäber eingestuft.

Nachdem die zunächst mit Wind spielenben Leipziger zwei un-haltbare Tore erzielt hatten, hielt das sehr interessante Spiel bis Halbzeit vollkommen offen, und nur einmal fiel die 96er Erfolg zu. Nach Wiederbeginn im der Widerstand der Gäste gebrochen, unsere 96er beherrschten das Feld und fielen noch sechsmal erfolgreich. Nebenher waren die Mannschaften der 96er am Sonntag in großer Form; die beste Leistung vollbrachte die dritte, die mit nur 9. zum Schluß sogar nur 8 Mann, die gute erste Elf „Eintracht“ mit 3:2 schlug. Die vierte schickte die dritte der Werberberger Frauen mit einer Niederlage von 5:0 heim, und die fünfte siegte über Hohenzollern 2:0.

Man darf mit Recht gespannt sein, wie unsere 96er in ihrer jetzigen glänzenden Form gegen die bekannte Berliner „Hertha“, die am kommenden Sonntag hier weilen, abschneiden werden. Jedenfalls ein hochinteressanter Kampf!

Seegaemeiner Wader — Wagenerklub f. C. „Victoria 96“ 5:3. Ein selten schönes Spiel entfalte sich am vergangenen Sonntag zwischen den beiden Mannschaften auf dem Wader-Sportplatz. Die Wagenerberger rechtfertigten ihren guten Ruf und lieferten ein flottes, feines Spiel.

Nachdem Victoria in Wagburg die Halleischen Hohenzollern mit 5:3 geschlagen hatte, mußte man bald daran glauben, daß auch Wader diesmal nicht so günstig abschneiden würde; doch kam nach, daß Wader ohne ihren bestbekanntesten Verteidiger Belger antreten mußte. Das Spiel wurde von Anfang bis zu Ende flott und fair durchgeführt. Was die eine Mannschaft an Schnelligkeit mehr besaß, erzielte die andere durch bessere Kombination. Die Wader-Mannschaft zeigte sich im besten Lichte und erinnerte an die im vergangenen Herbst gezeigte Form. Schnelligkeit mit gutem Schwungvermögen verhalfen der Mannschaft zum Sieg. Nächsten Sonntag spielt Seegaemeiner Wader in Erfurt gegen den dortigen Meister Erfurter Sportklub.

Provinzial-Nachrichten.

Vom Rathausbrand.

Deßau, 9. April. Die Deßauer Körperschaften haben beschloffen, das niedergeratene Rathaus in der alten Form neu-erkerben zu lassen. Die mit der künstlerischen Oberleitung des alten Rathauses betraut, gemeiner Herr Professor Hermann Witz und Gehilfen in Berlin sind auch mit der Errichtung des neuen Rathauses betraut worden. Die genannten Architekten besitzen das gesamte Baumatériau, das beim Brand zerstört worden ist, und sind Dank der beim ersten Bau gemachten Erfahrungen in der Lage, den Erneuerungsbau mit den Lehrleuten des Rathauses in har-monischen und organischen Zusammenhang zu bringen. Der Gesamtbau dürfte bis Ende April nächsten Jahres fertig sein.

Eine bedeutende Folge hat der Deßauer Rathausbrand gehabt. In der gestrigen Gemeinderatssitzung der Stadt Deßau wurde die Bemilligung einer Garantiefirma von 60 000 Mark für die 1911 geplante 4. h a l l i s c h e Landesausstellung abge-

lehnt wegen der durch den Brand geschaffenen mihlischen finanziellen Lage. Damit ist das Schicksal beschlossen, für die nur noch der Garantebetrag der Stadt Deßau fehlt, besiegelt. Die Freude des ansehlichen Stadtrates und Gemeinderates ist ungetrieben, denn die Auszahlung kann nunmehr nicht stattfinden.

Diebstahl.

(Oberleben, 7. April. In der vergangenen Nacht wurde auf dem hiesigen Rittergut ein dreier Eimbruch ausgeführt. Die Diebe stiegen über die Gartenmauer des Gutsbesizers Köhlmann und drangen lo von hinten in die unteren Wohnräume des Dohlschen Gutes ein. Es fielen den Dieben hierbei 500 Mark Geld in die Hände.

Oberbürgermeister Renze.

Magdeburg, 11. April. Der Magd. Zig. wird aus Düsseldorf telegraphiert: Bei der bevorstehenden Neubewegung des hies. Oberbürgermeisterpostens hat Oberbürgermeister Dr. Renze in Magdeburg gute Aussichten, gewählt zu werden; demgegenüber hat er sich nicht um die Stelle. Das Düsseldorf-Zentrumblatt meldet nun heute, daß die führenden Stadtverordneten der Anten mit dem hiesigen Oberbürgermeister Dr. Renze von 7. April in Bannern, der früher hier Beigeordneter war, Verhandlungen angeknüpft hätten. Demgegenüber erklärt die nationalliberale „Düsseld. Zig.“, daß die Kandidatur des Oberbürgermeisters Dr. Renze noch keineswegs erledigt ist.

Nauburderzuch im Zuge?

Braunschweig, 9. April. Seiner Verlegungen erlag der Pole, der am Sonntag früh, nachdem der Zusammenstoß von Magdeburg nach Bremen die Station Schöneberg passiert hatte, neben den Schienen liegend hüber verlegt und befeimungslos aufgefunden wurde. Die Staatsanwaltschaft hat sich mit dem Falle beschäftigt und nimmt an, daß der Mann möglicherweise im Zuge verurteilt und dann hinausgeworfen worden ist.

Falschmünzer-Bande.

Greiz, 10. April. Der hier verhaftete falschmünzer Hamel ist bestimmt das Mitglied einer weitverzweigten falschmünzer-Bande, die allem Anschein nach ihren Sitz in Hofstadt hat. Falsche Zweimarckstücke von der gleichen Prognostik wie die hier angehaltenen sind fälschlich in großer Zahl auf dem Hofmarkt in Altenburg und in der Werbaue gegen Beschlag nahmt worden. Die Ermittlungen nehmen einen großen Umfang an. In Greiz, wo Hamel in der Kneipstraße seine falschmünzerwerkstätte haben wollte, was eine Freijahlung war, hat Hamel nur 2 Tage gewohnt.

Falsche Handmarckstücke, die man bei Hamel vorfand, sind hier nicht herausgefunden worden.

Das Dorado der Kupfsucher.

Bom Eischfelds, 10. April. Ein wahrer Dorado für Kupfsucher ist das Eischfeld geworden.

Waher den zu den Berge bekannten drei Gebirger Kupfsmelter und dem Eischfeld verhafteten „Heilungsbund“ Diakone ist jetzt zu diesem vielversprechenderen Kuehland noch ein neuer „Wunderdoktor“ hinzugekommen, der sich in Reflexionen niedergelassen hatte. Seine Methode besteht darin, daß er die leidende Menschheit durch Teer-Rezepte wieder auf die Beine zu bringen verpricht. Da die Kuren aber keine Erfolge zeigten, kam sein Ruf nicht über den Ort hinaus. Der Zulauf immerhalb seiner vierteljährigen „Kuren“ war so gering, daß er in dem Gosthofe, wo er seine „Sprechstunden“ abhielt, seinen petaniden Verpflichtungen nicht mehr nachkommen konnte. In vergangener Woche suchte der neue „Heilungsbund“, mit Namen Walter, durch die Drittelzeit ein neues Logis, aber niemand wollte ihn haben, so daß er sich genötigt sah, unter Hinterlassung von 120 Mark Schulden seinen Wirkungskreis zu verlassen.

Nun hier soll er sich nach Hamburg gewandt haben.

Magdeburg, 10. April. (Festungsgeld.) — Um-kauf. — Frauenschule.) Nachdem das Fort 12 auf dem Hofschorn vom Magistrat übernommen worden war, hat in letzter Zeit auch die Uebergabe des Fürstentums und des Glacis an ihn stattgefunden. — Die Frage des Umbaus der alldätschen Kranenanstalt scheint nun durch die Entscheidung zu kommen; seitens der Kommission, die dafür eingesetzt worden war, sind die Kosten auf 2 180 000 Mark festgesetzt worden, von denen als erste Rate 820 000 Mark gefordert werden sollen. — Am 11. April wird die an die Witzschule angefertigte neue Frauenklubstille mit Karzen in Kdögogität, Gesundheitslehre und Kinderpflege, Kunst- und Kulturgeschichte, Deutsch, Französisch, Englisch, Geschichte der Musik und Turnen eröffnet werden.

Leuchtturm, 10. April. (Stiftung. — Polizeihund.) Das Ehepaar Oekonomier von Dippe hat bei Gelegenheit der Vermählung seiner Tochter für das nördliche Nebenstift der Schloßkirche sechs hunte Glasfenster gestiftet. Es werden voraussichtlich Apffel des Herrn zur Darstellung gelangen. — Die Anschaffung eines Polizeihundes ist vom Magistrat in seiner gestrigen Sitzung beschloffen worden.

Falschmünzer, 10. April. (Frühlingsfest.) Das zum Velden der Deutschen Büchsenenschießgesellschaft veranstaltete Frühlingsfest nahm einen glänzenden Verlauf. Das hütige Wälfchen unseres Stadttheaters hatte den großen Saal des „Stadtparks“ und sämtliche Nebenräume in stimmungsvoller Weise dekoriert und sorgte durch allerlei Vorträge für Unterhaltung. Oberbürgermeister Verhardt, der Protektor des Festes, hatte vom Gen. der See, wo er zur Erholung weil, ein Telegramm geschickt. Nach den Vorträgen entwarf die ein hübsches Treiben, das erst in vorgeklärter Morgenstunden sein Ende erreichte.

Langensosen, 9. April. (Totgefahr.) Als heute nachmittag die Geitellungsapflichten mit Musik durch das Dorf gogen, ließen — wie bei solchen Gelegenheiten immer — eine Menge Kinder hinterher. Als dem Zuge ein Falschmünzerwagen der Kaufhüßigen Brauerei in Halle a. S. entgegenkam, ließ die Hjährige Tochter des Bergmanns Widner direkt in die Pferde hinein, kam zu Falle und wurde von dem schweren Wagen überfahren. Der Tod trat auf der Stelle ein. Ein kleineres Kind, das die Bergungsläden an der Hand hatte, wurde ihr noch rechtzeitig entzogen. Dem Gefährtührer trifft keine Schuld, wie Augenzeugeten berichten.

Erfurt, 9. April. (Ballonunfall.) Ballon „Erfurt“ kann morgen nicht aufsteigen, da es von einem bedeutenden Mißgeschick betroffen wurde. Als er heute mittag, nach seiner großen Fahrt von Karmann nach Erfurt, landiert werden sollte, zu welchem Zwecke er mit Luft aufgelassen worden war, erfolgte ihn plötzlich ein Windstoß so heftig, daß die Stride rissen, an denen der Ballon befestigt war, und scheiterte diese gegen einen Laternenpfahl. Die Macht des Anpusses war so hart, daß der Laternenpfahl umgerissen und die Ballonhülle schwer beschädigt wurde. Sie muß zur Reparatur in die Niederingische Fabrik nach Augsburg geschickt werden.

Weimar, 9. April. (Die Einzugsfeierlichkeiten.) Auf besondere Veranstaltung hin wird der Eisenacher Lehrergesangverein gelegentlich des Einzuges des Großherzogspaares im Fest-

saale der Wartburg vor den großherzoglichen Herrschaften und vor dem Kaiser liegen. Die Gesänge sollen den Glanzpunkt der Feierlichkeiten bilden.

Letzte Nachrichten.

Der Tarifkampf im deutschen Baugewerbe.

H. Ludwigshafen a. Rh., 11. April, 9 Uhr abends. (Privattelegramm.) Der Kreisverband des pfläzischen Baugewerbes beschloß, am 15. April sämtliche Maurer und Bauhilfsarbeiter auszusperrern.

H. Hannover, 11. April. Die am verfloffenen Sonntag im hiesigen Gewerksaus abgehaltene Delegiertenversammlung des „Nordwestdeutschen Arbeiterverbandes“ beschloß einstimmig, am Freitag, den 15. April, abends 6 Uhr, die Geschäfte zu schließen und sämtliche Bauarbeiter im Bezirke des „Nordwestdeutschen Arbeiterverbandes“ zu diesem Zeitpunkt auszusperrern. Von dieser Maßnahme werden in Hannover ca. 15 000 Bauarbeiter betroffen.

Parjaval III und M. II.

H. Köln, 11. April. Um 8:50 Uhr wurde heute morgen „Parjaval 2“ aus der Halle geschleppt und die Spitze nach Köln zu gerichtet. Um 9 Uhr flog er auf und kreuzte über der Stadt. Um 9 Uhr 35 Minuten wurde das „Militärluftschiff M. 2“ aus der Halle gebracht und 9:50 Uhr flog es in der Richtung auf Völschlag auf. Um 10:15 Uhr schwebte es über der Halle. Das schöne Wetter hatte eine ungeheure Menschenmenge zur Halle hinausgelockt, welche den Luftschiffmanövern und den Vorgängen an der Halle das größte Interesse entgegenbrachte. Das „Militärluftschiff“ landete 10:45 Uhr ganz bei der Halle. „Parjaval 3“ ist noch nicht zurückgekehrt, er macht anscheinend eine längere Fahrt. „M. 2“ manövrierte heute, um die an ihm angebrachten maßstabsmäßigen Einrichtungen zu prüfen.

H. Bonn, 11. April. „Parjaval 3“ überflog 10:15 Uhr die Stadt in der Richtung auf Godesberg.

Koblenz, 11. April. Das Luftschiff „Parjaval 3“, das heute vormittag 9 Uhr in Köln aufgestiegen war, ist um 12 Uhr 20 Min. hier in Koblenz eingetroffen. Nach einer Schloßfahrt über der Stadt und Grenzbreiten trat das Luftschiff die Rückfahrt in der Richtung auf Andernach an und traf um 12 Uhr 45 Minuten über Andernach ein.

Der Streik der Seeleute in Marseille.

M. Marseille, 11. April. Sechs Torpedobootsgefühler, die gestern abend zur Entladung der Phosphorbindung mit Korffiz, Marine und Familie hier angekommen waren, sind wieder nach Kanton zurückgekehrt. — Gestern mittag wurde in der Arbeitervereine ein großes Meeting veranstaltet, in dem von Verbanne der Arbeiterinstituten eine Tagesordnung angenommen wurde, in der die verschiedenen Arbeiterinstitute sich mit den Seeleuten solidarisch erklärten und diese zur Fortsetzung des Kampfes ermuthigten.

Ein optimistischer Monarch.

H. Mailand, 11. April. König Georg empfing in Athen einen Korrespondenten des „Globe and Mail“ und äußerte sich über die Krise in Griechenland überhebender, sei im Lande das normale politische Leben sich wieder einzustellen beginne. Griechenland bedürfe vor allem Ruhe, um seine wirtschaftlichen Kräfte entwickeln zu können. Der König wies im weiteren Verlauf des Interviews auf die Fortschritte hin, die Griechenland und Athen unter seiner Regierung gemacht hätten und wünschte, daß Kapital ins Land käme, um die reichlich vorhandenen Eisens, Silber-, Blei- und Marmorlager auszubetten.

Auf der Ministerische.

H. Wiesbaden, 11. April. Die Meldungen Berliner Blätter, daß der Regierungspräsident von Meißner zum Nachfolger des Ministers von Wolowickoff bestimmt sei, sind falsch. Wie der Regierungspräsident von Wiesbaden dem Kommandanten der „Hess. Ztg.“ eine halbe Stunde nach dem Besuch des Kaisers bei ihm mitteilte, ist jene Nachricht glatt erfunden.

(Der Besuch des Kaisers bei dem Wiesbadener Regierungspräsidenten ist lediglich privater Natur gewesen. Herr von Meißner war früher Landrat in Bad Homburg und steht dem Kaiser, mit dem ihn langjährige Freundschaft verbindet, besonders nahe. Außerdem denkt Herr von Meißner (ein mehrjähriger Millionär) gar nicht daran, die Würde eines Ministerpostens auf sich zu nehmen.)

H. München, 11. April. Der seit Sonnabend hier weilende russische Minister des Aeußern Iswolski wurde vom Prinzregenten heute vormittag in einladiger Audienz empfangen.

H. München, 11. April. Heute nachmittag 3:45 Uhr ist mittels Sonderzuges aus Kuffstein der S i e n e r M ä n n e r e s e l a n g e r z e h n e r zum eintägigen Aufenthalt hier eingetroffen. Die Kölner Sängere werden morgen mittag in der Residenz dem Prinzregenten ihre Subsidium bringen.

H. Gleiwitz, 11. April. Auf dem hiesigen Personenbahnhof wurde der Heizer Krug von einem Ranzgierzug erfasst. Der Kopf wurde ihm vom Rumpfe getrennt.

Unterhaltungsblatt.

Der brennende Berg. Von Hans Trolch. (Fort.) — Das Intermezzo. Sumorese von Julius Knopf. — Theater und Musik. — Literatur.

Beilage.

Beilage Wilhelm Georg. Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Handel: Eugen Brinmann; für Ausland, Lokale Nachrichten, Vermischtes und Sport: Erich Foidlauer; für das Feuilleton: Paul Schumacher; für den Unterhaltungs-Teil: Friedrich Endrulat; Druck u. Verlag von Otto Henbel. Sämtlich in Halle a. S. — Diese Nummer umfasst 8 Seiten. — ausschließlich Unterhaltungsblatt.

Kunst und Wissenschaft.

Hochschulnachrichten.

Die hiesige Doktorjubiläumfeier beginnt am 10. April der Stralburger Rechtslehrer Professor Dr. jur. August Eismund ...

Chronik.

Der Kaiser und Schilling's letzter Wunsch. Bei dem Besuch ...

Frei Reuters 100. Geburtstag. Aus Anlaß der 100. Webers ...

Das Straußendmal in Ludwigsburg. Das in Ludwigsburg ...

Vermischtes.

Brandunglück bei einer Abendvorstellung.

Eine Unpaß Studententour eines Kreflges zu Stroßfurt wurde ...

Der Verein der Studentinnen des Philadelphia College zu ...

Die Willkommner als Zigeunerhölzlein.

Aus New York berichtet die „Daily Mail“ über das Ver ...

Die erste Art der Welt. In der „Münchener medizinischen ...

Schwere Malaria gefährlicher Arbeiter. In einer wahren ...

Aus Unschlittstadt erschossen. Ein tragisches Unglücksfall ...

Explosion auf einem Motorboot. In der Nähe des Schiffes ...

Selbstmord durch Erprobung. Einen hiesigen Schiffsm ...

Eine plastische Statue in Wasserlagern. Ein Gutzgen ...

Am Kassamerik notierten hier: Aluminium-Ind. ...

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Berliner Börse.

(Telephonischer Bericht der „Saale-Ztg.“)

3 Uhr 10 Minuten. Kredit 208,50, Diskonto 187,90, Deutsche ...

Am Kassamerik notierten hier: Aluminium-Ind. ...

Wann Peitschenol. Berlin, 11. April. 4 1/2 Badische Staats ...

Londoner Börse vom 11. April. Notierten: Engl. Konsol ...

Der Kalk-Ruxenmarkt.

Berlin, den 11. April.

Table with columns: Geld, Brief, Markt, and various locations like Adler-Kalk, Alexanderthal, Bayerndorf, etc.

Harzer Werke zu Rübeland und Zorge. Die Generalver ...

Annaheliche Kohlenwerke in Halle. Die Generalversam ...

Glinitz-Berg-Verfahren Braunkohlenwerke A.-G. in Wittenberg ...

Hotessyndikat. Die Spirituszentrale teilt mit, dass die ...

Leipziger Gummiwarenfabrik A.-G. vorm. Julius Marx ...

Waren und Produkte.

Getreide.

Berliner Produktenbörse 11. April. Am Frühmarkt notierten ...

Hamburg, 11. April. (Getreidemarkt) Wegen fest, Ostholst ...

Hamburg, 11. April. Rübölmarkt. Amerikanischer per März ...

Zucker.

Table with columns: vorm. nachm., abends, and prices for various months.

Hamburg, 11. April. Good average Santos ...

Rio de Janeiro, 11. April. Kaffee-Zufuhren 3,000 Sack in ...

Kartoffelmehl und -Stärke.

Berlin, 11. April. Kartoffelmehl u. -Stärke 29,75 - 21,25. Feuchte ...

Spiritus.

Nordhessen, 11. April. Branntwein 40 Vol. Proz. für 100 kg ...

Fettwaren und Öle.

Butter, Schmalz, Speck. (Originalbericht von Gebr. Gause.) ...

Korn, 11. April. Rabol 60,00 per Mai 62,50.

Bremen, 11. April. Baumwolle still. Uppl. lokal middl. 74,50 Pfd.

Liverpool, 11. April. Aegyptische Baumwolle per Mai 15,60.

Liverpool, 11. April. Baumwolle. Umsatz 10.000 Ballen.

London, 11. April. Chili-Kupfer matt 50 1/2 per 3 Mon. 57 1/2.

Amerikanische Warenmärkte.

Table with columns: New York, Chicago, and various goods like Weizen, Mais, etc.

Tendenz: Weizen fallend. Mais fallend.

Wasserstände.

Table with columns: Name und Unterort., Fall, Woche.

Table with columns: April, Fall, Wochens, and various locations like Jungbunt, Leun, Sudweis, etc.

